

Wie wichtig wir sind, bestimmen wir selbst

Notizen zur aktuellen Kulturpolitik

Tim Renner

Dieser Text
erscheint ebenfalls
im *Jahrbuch für
Kulturpolitik
2015/2016*.

Während sich Finanz-, Wirtschafts- oder Innenpolitiker in der allgemeinen Wahrnehmung mit den wirklich notwendigen Fragen des menschlichen und gesellschaftlichen Lebens befassen, darf sich der Kulturpolitiker mit den *nice to haves* beschäftigen. Zwar wahr, schön und gut, aber wenn es hart auf hart kommt, nicht entscheidend. So kommt es eher selten vor, dass Parlamentarier oder Stadträte sich um die Plätze in den Kulturausschüssen reißen. In der Hierarchie der Politikfelder ist die Kulturpolitik für die meisten der Sandkasten. Warum eigentlich?

Es liegen Welten zwischen dem, was Kulturpolitik in der Theorie bewirken können soll und ihren tatsächlichen Einflussmöglichkeiten. Zugegeben: In einer wachsenden Stadt mit steigenden Kulturetats ist die Situation weniger dramatisch als in Ländern und Kommunen, die den demografischen Wandel von der anderen Seite erleben. Doch selbst da, wo die Etats noch steigen, sind die Hebel der Kulturpolitik an einer Hand abzuzählen, ziemlich kurz und manche auch noch eingerostet. Deshalb hinkt sie dem Kulturverständnis der Bevölkerung an vielen Stellen um Jahrzehnte hinterher.

Dynamisierung des Kulturbegriffs

Als Kultur noch klare Grenzen hatte und sich für jedermann selbstverständlich auf den klassischen bildungsbürgerlichen Kanon der schönen Künste beschränkte, war das wahrscheinlich einfacher. Doch schon vor über 100 Jahren begann – zunächst in der Musik – die Entfernung vom rein eurozentrischen Kulturbegriff: Mit Swing, Blues und Jazz brachten sich ehemalige Sklaven und ihre Kinder in eine neue, amerikanische Gesellschaft ein. Die Musik schwappte nach Europa über, wurde verstanden und inspirierte Millionen dazu, über die eigene Kulturgeschichte hinauszudenken.

Vor 50 Jahren erhielt die massenweise Reproduzierbarkeit in der Kunst Einzug. Andy Warhol erstellte Originale per Siebdruck, spätestens jetzt war die Popkultur geboren. Kultur für die Massen, man könnte auch sagen: demokratische Kultur. In dieser Zeit begannen auch Fotografie und Film, als

Kunstsparten erkannt und ernstgenommen zu werden.

Vor 25 Jahren sorgte dann die Digitalisierung vollends für die Globalisierung der Kultur und ermöglichte durch grenzenlose Reproduzierbarkeit einen maximal niedrighwelligen Zugang. Heute sind wir durch die Digitalisierung auf der nächsten Stufe: der Interaktion. Die Grenzen zwischen Konsument und Produzent verfließen. Kunst kann nicht nur genossen, sondern auch im Sinne der eigenen Bearbeitung angeeignet werden.

Begleitet wurde dieser Prozess durch eine Ästhetisierung vieler Lebensbereiche. Andreas Reckwitz hat das als die Ausbildung eines *Kreativitätsdispositivs* beschrieben: Von den Konsumgütern bis zum Lebensstil haben Design und symbolische Aufladung sich ausgedehnt, Kreativität wird heute nicht mehr nur vom Freskenmaler verlangt, sondern auch vom Sachbearbeiter – und sei es in der Selbstkreation. Es herrscht ein richtiggehender *Kreativitätsimperativ*. Kein Wunder, dass die Kreativwirtschaft zu den dynamischsten Branchen zählt.

Das moving target der Kulturpolitik

Währenddessen legen wir in der Kulturpolitik den Hauptschwerpunkt unseres Handelns immer noch auf die Förderung von Kultureinrichtungen aus dem 19. Jahrhundert (das passt auch so schön zum heißgeliebten Begriff »Kulturation«) und betreiben dazu etwas Ordnungspolitik. Das ist natürlich polemisch formuliert, es hat sich in den letzten Jahrzehnten, insbesondere seit dem Aufbruch der »Neuen Kulturpolitik« auch Vieles getan: Soziokultur und ausgewählte Bereiche der Popkultur wurden Teile des Förderkanons, Kulturelle Bildung wurde als wichtiges Arbeitsfeld erkannt und Besucherorientierung zur Pflicht. Nicht zuletzt rückten die Arbeitsbedingungen von Künstlerinnen und Künstlern in den Fokus des politischen Diskurses. Sieht man sich jedoch an, wohin welche Fördersummen fließen, womit Kulturpolitiker die meiste Zeit verbringen und welche Themen ihre Aufmerksamkeit erhalten, so sieht man immer noch viel von den Kulturbegriffen von vor 100 Jahren, einiges von denen von vor 50 Jahren, etwas von denen von

Tim Renner ist
Staatssekretär
für kulturelle
Angelegenheiten
in Berlin.



Foto: Senatskanzlei Berlin – Kulturelle Angelegenheiten

vor 25 Jahren und wenig von denen, die die heutige Bevölkerung lebt.

Unserem kulturpolitischen Oberziel, der »Kultur für alle«, sind wir so bei ehrlicher Betrachtung noch nicht sehr nahe gekommen. Etwa 50 Prozent der Bevölkerung nehmen nie öffentlich geförderte Kulturangebote wahr. Die gute Nachricht: »Kultur für alle« ist trotzdem irgendwie Realität, nur ist das eben nicht in erster Linie das Verdienst öffentlicher Kulturpolitik, sondern nicht unmaßgeblich auch das von Wirtschaft und Zivilgesellschaft. Es reicht, die eigenen Kinder zu beobachten, die sich mit fast nichts

»Kultur für alle« ist trotzdem irgendwie Realität, nur ist das eben nicht in erster Linie das Verdienst öffentlicher Kulturpolitik, sondern nicht unmaßgeblich auch das von Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

anderem beschäftigen als mit Kultur. Sie hören Musik, fotografieren, lesen, spielen und bewegen sich in den sozialen Netzwerken.

Youtube ist heute die größte Bildungs- und Kulturplattform der Welt. Dort kann man (ja, neben den ganzen Katzenvideos) Spielfilme sehen, Konzerte hören, Vorlesungen verfolgen, Instrumente lernen und unendlich viel mehr. Doch ich rede nicht nur vom Netz. Kinos, kommerzielle Konzertveranstalter, sogar privat finanzierte Ausstellungshäuser wie das *C/O Berlin* für Fotografie – sie alle versorgen die Menschen mit kulturellen Angeboten, wenngleich man über deren Qualität natürlich manchmal streiten kann.

Zusammengefasst: Kultur, Kunst und Kreativität haben massiv expandiert, Kulturpolitik deutlich weniger. Dadurch hat diese nicht nur *nicht* an Bedeutung gewonnen, sondern sie wird im Gegenteil geschwächt. Wichtige Teile ihres ursprünglichen Auftrags, künstlerische Produktion zu ermöglichen und die Menschen mit Kultur zu versorgen, werden auch von anderen wahrgenommen. Der Marginalisierung kann die Kulturpolitik nur entgehen, wenn sie ihren Gegenstand als *moving target* begreift und ihre Rolle in einer vom Überangebot geprägten Gesellschaft überdenkt. Nur so kann sie im Kern auch das schützen und befördern, wofür sie angetreten ist: nichtkommerzielle Räume für die künstlerische Entfaltung.

Eigeninitiative – Kooperation – Barrierefreiheit

Wenn Kultur schon keine Pflichtaufgabe ist, dann nehmen wir uns doch die Freiheit, unsere Aufgaben stärker selbst zu definieren und uns an das *moving target* anzupassen. Wir müssen selbst beweglich werden. Wie kann Kulturpolitik ihr Wirkungsgebiet in der Praxis ausdehnen und welche Instrumente stehen hierfür zur Verfügung? Es geht nicht durch feindliche Übernahme, sondern durch Kooperation

– zwischen Staat, Zivilgesellschaft und Wirtschaft, aber auch zwischen den verschiedenen fachpolitischen Ressorts und durch die Öffnung zu neuen Akteuren. Ich will hierfür einige Beispiele geben.

In Berlin erleben wir gerade die Verdrängung von Künstlerinnen und Künstlern aus den Innenstadtbzirken. Sie tragen dafür selbst mit Verantwortung, denn die freie Kunstszene hat die Stadt zu einem internationalen Sehnsuchtsort gemacht und damit zu dem Run auf den Immobilienmarkt beigetragen. Jetzt können sie sich die Mieten für ihre Ateliers nicht mehr leisten. Um künstlerische Arbeitsräume in der Stadt zu erhalten, funktioniert Kulturpolitik in Berlin deshalb nicht ohne die Stadtentwicklungsverwaltung. Aber auch nicht ohne weitere Partner: So entwickeln wir Mischnutzungs-Modelle für Liegenschaften gemeinsam mit der Wissenschafts- oder der Sozialverwaltung und verbinden Ateliers mit studentischem Wohnen oder mit Flüchtlingsunterkünften. Auf diese Weise können wir künstlerischen Arbeitsraum in Liegenschaften realisieren, an die wir als Kulturverwaltung alleine nicht gelangt wären. Über die Raumproblematik hinaus sind wir mit der Freien Szene in einem ständigen, sehr engen Dialog. In Berlin haben sich Künstlerinnen und Künstler mit der »Koalition der Freien Szene« ein Sprachrohr geschaffen, mit dem gemeinsam die neuen Förderprogramme für die Jahre 2016/2017 entwickelt wurden. Künstler, Legislative und Exekutive haben einen partizipativen Prozess versucht und Lösungen für Vergabestruktur und Förderkriterien gemeinsam gefunden. Dabei mussten alle drei Seiten aufeinander zugehen.

So wie die Politik sich öffnen und kooperieren muss, gilt dies auch für die Institutionen, deren Steuerung zu den wichtigsten Instrumenten der Kulturpolitik zählt. Es ist ein großes Glück, dass wir in Deutschland eine so hohe Dichte an institutionell geförderten Einrichtungen haben. Immer wieder gerne wird erzählt, dass sich zum Beispiel in Deutschland die Hälfte aller Opernhäuser der Welt befindet. In solchen Institutionen können sich Ideen in einem stabilen Rahmen entwickeln und über längere Zeiträume geschützt von kommerziellen Zwängen wachsen. Das ist so lange gut, wie der Austausch mit der Außenwelt besteht: einerseits, indem die Themen und Ausdrucksformen von dort aufgenommen werden, andererseits durch ganz konkrete Kooperationen mit freien KünstlerInnen oder anderen externen Akteuren. Ein schönes Beispiel für beides war das von der *Kulturstiftung des Bundes* im Doppelpass-Programm geförderte Projekt »My square lady« von der *Komischen Oper*, der Gruppe »Gob Squad« und Wissenschaftlern der *Technischen Universität*, bei dem anhand eines etwas hilflosen androiden Roboters die Fragen vom Menschsein im digitalen Zeitalter verhandelt wurden.

Öffnen müssen sich Kulturinstitutionen auch gegenüber den Menschen, für die sie überhaupt existieren – und dabei die Rollenverteilung im Blick behalten. Nicht die Menschen müssen erst für die Einrichtung erzogen werden, bis sie qualifiziert sind, den heiligen Tempel zu betreten, sondern im Zweifel müssen die Einrichtungen für die Menschen erzogen werden, um Barrieren abzubauen.

Kulturelle Teilhabe durch Digitalisierung

Eine ganz neue Dimension ergibt sich hierbei durch die Chancen der Digitalisierung. Die Langversion der Formel »Kultur für alle« lautet:

»Jeder Bürger muss grundsätzlich in die Lage versetzt werden, Angebote in allen Sparten und mit allen Spezialisierungsgraden wahrzunehmen, und zwar mit zeitlichem Aufwand und einer finanziellen Beteiligung, die so bemessen sein muss, dass keine einkommensspezifischen Schranken aufgerichtet werden. Weder Geld, noch ungünstige Arbeitszeitverteilung, weder Familie oder Kinder noch Fehlen eines privaten Fortbewegungsmittels dürfen auf die Dauer Hindernisse bilden, die es unmöglich machen, Angebote wahrzunehmen oder entsprechende Aktivitäten auszuüben.«*

Für mich klingt das wie ein Aufruf zur Nutzung der digitalen Möglichkeiten, auch wenn Hilmar Hoffmann das so 1979 noch nicht intendiert haben konnte.

Man könnte auch lesen: Die Eltern in Schwabing, die für Samstagabend keinen Babysitter mehr bekommen, und der bettlägerige Friedrichshainer müssen die Opernvorstellung auch von zu Hause aus gucken können, nämlich per Stream zum Beispiel auf ihrer Virtual Reality-Brille, wie sie das von Pop- und Rockkonzerten gewöhnt sein werden – denn *Universal Music* hat zum Launch der Oculus Rift angekündigt, mit attraktiven Inhalten in das Virtual-Reality-Geschäft einzusteigen. Der Schüler im Hunsrück und die Schülerin in Kamerun müssen sich die Schätze der Museumsinsel ebenso selbstverständlich ansehen können, als lebten sie in Berlin. Es ist deshalb wahrscheinlich kein Zufall, dass ausgerechnet ein Frankfurter Museum, nämlich das *Städel*, als einer der Pioniere in Deutschland die Chancen der Digitalisierung für kulturelle Teilhabe erforscht.

Kulturpolitik könnte auch hier mehr Verantwortung übernehmen und die Kultureinrichtungen unterstützen: erstens durch finanzielle Mittel, zweitens durch gesetzgeberische Korrekturen, denn derzeit fließt mehr Geld und Aufwand in die Klärung von Urheberrechten oder die sorgfältige Suche zur Identifikation verwaister Werke als in die Digitalisierung selbst, und drittens durch Fehlertoleranz. Auf der Suche nach ihrer Rolle in der vernetzten Gesellschaft müssen Kultureinrichtungen experimentieren dürfen, so wie Chris Dercon das ab 2017 an der *Volkshöhne* mit dem digitalen Terminal Plus ma-



chen wird, einer Art nichtkommerzieller Variante von Youtube, mit eigens für das Netz produzierten Performances.

Kooperiere oder scheitere – diese Lektion kann man aus den Erfahrungen der Musikindustrie ziehen: Im Internet lassen sich weder starre Strukturen, noch lässt sich die Kontrolle über Inhalte aufrechterhalten, erst recht nicht durch Restriktionen. Wer sich zurückzieht, wird irrelevant. Wer die zukünftige Entwicklung aber mitprägen will, der muss stattdessen mit den neuen Mitteln experimentieren, kooperieren und Angebote schaffen, die durch ihre Qualität und Nutzerfreundlichkeit überzeugen.

Fazit

Wir erleben eine Erosion der gelebten Regeln und Abläufe in unserer Gesellschaft. Soziale Medien verändern Lebenswelten, Arbeitswelten, die Demokratie. Wenn die Welt sich ändert, muss die Kultur Einfluss nehmen, denn Sicherheit ist keine reine Frage der Innenpolitik und Wohlstand nicht nur eine der Wirtschaft. Die Gestaltung unserer Gesellschaft ist eine Frage der Kulturpolitik, sie muss sich deshalb mit der Vergangenheit, vor allem aber auch mit Gegenwart und Zukunft beschäftigen. Dann kann sie das wichtigste aller Politikfelder sein.

»Glückauf. Bergarbeiterproteste im Ruhrgebiet« von Silke Wagner, Faulturn auf der ehemaligen Kläranlage Herne, Areal Stadthafen, Foto: © Roman Mensing/ Emscherkunst

* Hilmar Hoffmann: Kultur für alle: Perspektiven und Modelle, Frankfurt am Main: Fischer-Taschenbuch-Verlag 1981, S. 29.